Dresden 1882.
Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 18. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Einzelne Nummern 10 Pfge.
Auflage 37000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Sich in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

27. Jahrgang.
Inserate werden Marienstraße 18 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pf. Eingesandt die Zeile 30 Pf.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Conto- u. Geschäftsbücher
eigenes Fabrikat.
Extraanfertigungen jeder Art schnell und exact. Princip: Bestes Material, gute und reelle Arbeit, entsprechend billigen Preis.
G. H. Rehfeld & Sohn,
Dresden-Neustadt, Hauptstrasse Nr. 24.

Man beachte die beispiellos billigen Verkaufspreise für
Filzhüte und alle Damen-Putz-Artikel
in
Wilhelm Meyer's Schaufenster,
Altmarkt 8, nur Altmarkt 8.

Carl Höpfner,
Landhausstrasse Nr. 4 und 5,
empfiehlt seine
Weinhandlung mit altdeutschen Weinstuben.
Champagner der besten Häuser.
Grosses Weinlager.

Beide Verkaufslokale sind durch Telephon verbunden.
5 Neumarkt 5
Landhausstrassen-Seite.
Seit dem 1. Oktober d. J. befinden sich die
Hut-, Schirm- und Pelzwaaren-Lager von Jacques Lippmann
Beide Verkaufslokale sind durch Telephon verbunden.
29 Schloss-Str. 29
vis-a-vis der Sächs. Bank.

Nr. 337.
Witterung vom 2. Decbr.: Barometer nach Oskar Böhold, Wallstraße 19 (Abends) 761 M.M., seit gestern 6 Mill. gestiegen. Thermometrogr. nach Reaumur: Temp. 2½°R., niedr. Temp. 4°R., höchste Temp. 1°W., Nord-Wind, leichter Schneefall.
Aussichten für den 3. December: Nordost, mäßig, abnehmende Bewölkung, abnehmende Niederschläge, Frost.
Sonntag, 3. December.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Rascher als zu vermuthen, kehrt Fürst Bismarck nach Berlin zurück. Es ist der in ihm vereinigte Reichkanzler wie der preußische Ministerpräsident, dessen Anwesenheit die Verhandlungen der beiden großen parlamentarischen Körperschaften nöthig machen. Zunächst bedarf seiner das preußische Abgeordnetenhaus. Hier, nimmt die Steuerfrage eine für Bismarck's Pläne immer ungünstigere Wendung. Die abfällige Meinung über die neue Licenzgebühr auf Tabak und Getränke ist durchaus nicht besser geworden, seitdem man den betreffenden Gesetzvorschlag seinem Wortlaute nach kennt. Im Gegentheil haben sich die Bedenken dagegen verstärkt. Ohne uns tiefer auf den Gegenstand einzulassen, sei hier nur im Allgemeinen bemerkt, daß schon die Verquickung des Steuer-Erlasses mit der vorgeschlagenen neuen Steuer in einen einzigen Gesetzentwurf lebhaftes Mißfallen erregt. Der Speck, den damit die Regierung auf die Mäusefalle legte, riecht denn doch selbst der verschnupftesten Abgeordnetennase zu brenzlich. Wer als Volksvertreter zugiebt, daß in Folge der erhöhten Lebensmittelzölle den untersten Volksschichten eine Erleichterung in den directen Staatssteuern zu gewähren sei, wird sich hüten, zur Strafe dafür neue directe Staatssteuern, wie diese Licenzgebühr, zu bewilligen, die in der Hauptsache doch wieder dieselben Personen treffen und außerdem den Gewerbebetrieb der Mittelstände beschweren würden. Der Einnahmeausfall von 12 Millionen, den Preußen durch Wegfall der untersten 4 Steuerklassen erleidet, muß eben auf andere Weise Deckung finden. Es wird ein Gegenstand hohen Interesses sein, zu beobachten, welche Gründe am Dienstag Fürst Bismarck im Abgeordnetenhause auf die zahlreichen, gegen seine Steuerpolitik erhobenen Einwände ins Gefecht führt. Warum keine procentuale Börsensteuer? Warum diese sorgfältige Schonung jener Differenzgeschäfte, die mit den legitimen und überaus nützlichen Aufgaben der Börse Nichts zu thun haben, die keine Vermehrung des Werthes der Güter bewirken, sondern nur die verwerflichen Glückswetten nichtsnutziger Spieler sind? Warum keine Reform der preußischen Einkommensteuer? Warum Fortdauer eines Baargeschenkes von jährlich 25 Millionen an die reichen Zuckerfabrikanten, deren Geschäfte zwischen 50 bis 100 Proc. Reingewinn abwerfen? Warum die Jagd nach Vermehrung der indirecten Abgaben? Auf alle diese Fragen klare Antwort zu erhalten, dürfen die Steuerzahler von ihrem ersten — Steuermann wohl erwarten.

Allen unbefangenen Beurtheilern macht die französische Republik den Eindruck eines Schwerkranken. Etliche wollen in ihrem Antlitz bereits den hypokratischen Zug entdeckt haben; ein angesehenes italienisches Blatt meinte, die Republik liege im Sterben, die Republikaner aber, nicht gesonnen so unrühmlich unterzugehen wie die Julimonarchie, hofften noch Rettung von einem auswärtigen Kriege und würden, um ihre Staatsform zu retten, Alles auf eine Karte setzen. Vielleicht ist dies zu schwarz gesehen. Aber darüber kann kein Streit sein, daß die Republik den Franzosen keine beneidenswerthen Zustände gebracht hat. Was man als die schimpflichsten Begleit-Erscheinungen des Kaiserreiches erlebte: den Rückgang der öffentlichen und privaten Sitten, ein Niedrigerschrauben der Moralbegriffe, das brutale Sichhinwegsetzen über Gesetz und Recht, die Corruption und den Nepotismus in der Verwaltung, den Mißbrauch der Staatsgelder — Alles dies hat die glorreiche Republik überboten. Ja, sie wahrt dabei noch nicht einmal den äußeren Anstand. Noch nie waren die Finanzen Frankreichs so zerrüttet und in Unordnung, wie jetzt. Schon munkelt man von einem „finanziellen Sedan", das Frankreich zu erleben im Begriff stehe. Es ist dies die Folge eines Systems, das man bisher nur in Amerika kannte: daß die herrschende Partei geierartig sich über alle Staatsämter herwirft und die Staatseinnahmen als willkommene Beutestücke erklärt. Kenntnisse und Erfahrungen für ein Fach gelten Nichts, die gutrepublikanische Gesinnung macht Alles. Nach ihr allein fragt man bei der Vergebung der Aemter. So wurde als Minister der öffentlichen Bauten der Advocat Hérisson angestellt, obwohl er vom Bauwesen nicht die mindeste Ahnung hatte. Er legt eine geradezu klägliche Unkenntniß bei allen in sein Fach einschlagenden Angelegenheiten an den Tag, ist ein blindes Werkzeug seiner Untergebenen und versteht noch dazu das Meiste von Dem, was diese ihm eintrichtern, falsch. Die Kosten der Staatsbauten, die in Ausführung begriffen sind, veranschlagt dieser Muster-Minister auf neun Milliarden und zweihundert Millionen Francs: während Sachkundige 7 Milliarden auskömmlich erklären. Eine nette Differenz! Dazu häufen sich die Klagen über die Schluderhaftigkeit und Langsamkeit der Staatsbauten. Wo das Budget fette Pfründen aussetzt, da wird ein gut-republikanischer Ingenieur, ein gleichgesinnter Architekt rc. vorgeschoben; ob der Begünstigte viel von seiner technischen Funktion versteht, ist Nebensache, und es genügt, daß er irgend ein Diplom besitzt, wodurch der Schein der Fähigkeit wenigstens gewahrt ist. In den ministeriellen Bureaus herrschen die gleichen Zustände; das far niente ist überall Prinzip. Sogar bei Festungsbauten geht es nicht besser her; Arbeiten werden nach einem Plan begonnen, und dann tauchen andere Pläne auf, das Gebaute wird eingerissen, die Architekten rechnen den doppelten Preis für „Modifikationen" am ursprünglichen Plan u. s. w. Wohin man mit solchen Zuständen kommt, ist nicht schwer sich vorzustellen.

Ein gleich trübes Bild wie die inneren Zustände der Republik bietet ihre auswärtige Lage. Oberflächlich betrachtet, könnte es zwar scheinen, als schicke sich Frankreich an, über einen großen Theil der unbekannten Erde oder wenig zivilisirte Länder seine Flagge zu breiten. Die Franzosen, die schlechtesten Kolonisatoren der Welt, sind von einem förmlichen Kolonisationseifer ergriffen. Am Congo auf der hinterländischen Halbinsel und auf Madagascar suchen sie Ersatz für die Verluste in Egypten, aber überall stoßen sie auf die Ansprüche Englands. Man kann es den Franzosen nicht verdenken, wenn sie den zielbewußten und zähen englischen Konkurrenten nur mit Mißmuth auf ihrem Pfade erblicken. Speziell bei ihren Ansprüchen auf Madagascar hatten sie auf englisches Geschehenlassen gerechnet. Statt dessen zeigt sich in England eine starke volksthümliche Bewegung, welche die Regierung auffordert, diese große Insel in irgend welcher Form dem britischen Herrschbereiche einzubezirken. Ein eignes Komitee erörtert, daß auf Madagascar fünfmal soviel Engländer leben als Franzosen und der englische Handel mit jener Insel den französischen um das Vierfache übersteige. Darüber sind nun die Franzosen außer sich. Was? fragen sie, wir haben den englischen Annexionen in Südafrika, in Afghanistan, der von Cypern und neuerdings der von Egypten nichts in den Weg gelegt und nun gönnen diese Insulaner nicht einmal, daß wir unsere alten berechtigten Ansprüche auf Madagascar zur Geltung bringen? Die Franzosen vergessen, daß in's Fleisch und Blut John Bull's der Grundsatz übergegangen ist, daß Alles, was ein anderer Staat gewinnt, ein Verlust für England, ja ein Raub an ihm ist. Auch in der madagassischen Frage dürften die Franzosen keine Seide spinnen. Die gelbe Gesandtschaft der Howas-Königin jener Insel hat spornstreichs Frankreich verlassen und ist nach England gereist, wo sie sich der besten Aufnahme erfreut. Frankreich hat, um seine Rechte auf Madagascar zu wahren, in die dortigen Gewässer Kriegsschiffe entsendet. Das Gleiche hat England gethan. Der deutsche Standpunkt bei dieser Verwickelung ist höchst einfach; wir erblicken darin keinen Vortheil, wenn ein immer größerer Theil der zu kolonisirenden Erde in den Besitz der Weltmacht England übergeht, wir gönnen den Franzosen einen Erfolg ihrer Kolonisationsbestrebungen und wünschen nur, daß unser eigenes Reich nicht ganz leer ausgehe. Für Frankreich aber ergiebt sich aus dem neuesten Konflikt mit England die Lehre, daß es seine eigenen Lebensinteressen preisgiebt, wenn es keinen höheren Gesichtspunkt, keine tiefer bewegende Kraft kennt, als die Vorbereitung des Revanchekrieges gegen Deutschland. Darüber erschöpft es seine Finanzen bis zum Erliegen, darüber verliert es seine Stellung als Seemacht. Jedesmal, wenn Frankreich gegen Deutschland Front machte, benutzte England den Augenblick, sein Herrschaftsgebiet auf Kosten der Franzosen zu erweitern.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 2. Decbr.

Berlin. Reichstag. Zum Schriftführer wird an Stelle des Abg. v. Zepper-Laski Prinz Carolath gewählt und sodann in die Berathung von Petitionen eingetreten. Abg. Lipke berichtet über eine Petition von Einwohnern aus Pößneck, Meiningen, in der beantragt wird: 1) daß dem gemeinen Soldaten die Anzeige von Ausschreitungen in der Amtsgewalt zur Pflicht gemacht werde; 2) demselben der Weg zur Anzeige (Instanzenweg) auf jede mögliche Weise erleichtert werde; 3) daß die Mißbrauche der Amtsgewalt schärfer als seither bestraft werden und ferner 4., daß, wie in Bayern, das Militärgerichtsverfahren im ganzen Reiche ein öffentliches werde. Kriegsminister von Kamele betrachtet den Antrag der Kommission (die Petition, insoweit sie die Reichs-Militär-Strafprozeßordnung betrifft, dem Reichskanzler zur Kenntnißnahme mitzutheilen als einen wiederholten Ausdruck des Wunsches auf Vorlegung einer Militärstrafprozeßordnung und weist auf die Schwierigkeiten hin, welche die Aufstellung derselben biete. Es sei unrichtig, daß über einen wichtigen Punkt Meinungsdifferenzen mit einzelnen Regierungen beständen. Die Regierungen hätten zur Ausarbeitung der Militärstrafprozeßordnung Kommissarien ohne bestimmte Instructionen entsandt. Der Kommissionsantrag wird angenommen. In Bezug auf die Petition des Directors des Körnermuseums zu Dresden, Dr. Peschel, wird debattelos beschlossen, die Petition dem Reichskanzler zur Kenntnißnahme mit dem Ersuchen zu überweisen, durch Verhandlungen und in sonst geeigneter Weise erörtern zu lassen, unter welchen Bedingungen das Fortbestehen des Körner-Museums gesichert werden könne, und von dem Ergebnisse der Erörterungen dem Reichstage Mittheilung zu machen. Abg. Reich berichtet über eine Petition auf Verweisung der aus Italien eingeführten „Anguilotti" aus Pos. 25p.1, 60 M. in die Pos. 25e.2, 3 M. des Zolltarifs, sowie über eine solche auf Erhebung eines Zolles von 3 M. für 100 Kgr. für marinirte Fische in Fässer. Nachdem Schatzsekretär Burchhart den vom Bundesrath eingenommenen Standpunkt gerechtfertigt, werden beide Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Abg. Dr. Lasker begründet die von ihm und Abg. Dr. Hänel gestellte Interpellation: „In dem Disciplinarprozeß gegen die kaiserl. Marineingenieure Hoßfeld, Beith und Wiesinger zu Danzig wegen angeblich ungesetzlicher Wahlagitation hat es sich herausgestellt, daß unmittelbar vor der letzten Reichstagswahl der kaiserl. Oberingenieur Dede zu Danzig in Uniform und in amtlicher Eigenschaft mit Zustimmung und auf Veranlassung der kaiserl. Oberwerftdirection in den Werkstätten der kaiserlichen Werft wiederholt an die dort beschäftigten Arbeiter während der Arbeitszeit Ansprachen gerichtet und es darin unternommen hat, die Arbeiter der Kaiserlichen Werft für die Wahl des konservativen Kandidaten v. Puttkammer zu gewinnen. Ist dem Herrn Reichskanzler das Vorgehen des Kaiserl. Oberingenieur Deck und seiner vorgesetzten Dienstbehörde bekannt geworden, und welche Maßregeln beabsichtigt derselbe eintreten zu lassen, um für die Folgezeit derartige unzulässige amtliche Wahlbeeinflussungen zu verhindern. (Während der Rede des Abg. Lasker ergiebt sich, daß das Redepult für Genannten zu hoch geschraubt ist; Staatssekretär v. Bötticher beeilt sich unter großer Heiterkeit des Hauses, das Pult der Größe des Redners angemessen zu arrangiren). Der Reichskanzler habe wiederholt versichert, die Regierung stehe über den Parteien, der in der Interpellation erwähnte Fall sei einer der vielen, die ihm bekannt und die beweisen, daß die Regierung amtlich Partei-Agitation verordne. (Beifall links.) Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Es sei nicht richtig, daß von Berlin aus eine amtliche Anweisung an die Werft zu Danzig in Bezug auf die Wahlen ergangen sei. Der Ober-Werft-Direktor zu Danzig habe vor den Wahlen angeordnet, daß in den Werften über die Wahlen nicht verhandelt werde; er habe aber später dem Oberingenieur Dede die Erlaubniß ertheilt, die Arbeiter über die Bedeutung der Wahlen aufzuklären, ebenso wie über die wirthschaftliche Stellung der Kandidaten. Es sei nicht wahr, daß Dede seine Autorität interponirt habe, um die Wahl des Herrn von Puttkamer zu fördern. Die Beamten, gegen welche der Disziplinar-Prozeß eröffnet worden, hätten sich auf die Straßen gestellt, und an die Arbeiter Stimmzettel vertheilt. Ein solches Verfahren sei für kaiserliche Beamte unpassend und der Disziplin zuwiderlaufend. Die Regierung könne keine Maßregeln in Aussicht stellen, den Beamten zu verbieten, über die Politik Sr. Maj. des Kaisers aufklärend zu wirken. (Beifall rechts.) Abg. Dr. Windthorst erinnert an gleiche Vorkommnisse in der „liberalen Aera", wo amtlich gegen das Centrum agitirt worden. Damals habe der Reichskanzler telegraphirt: Wählt Kapp! Er bitte die Liberalen, mit demselben Feuereifer auch gegen Wahlbeeinflussungen der großen Arbeitgeber rc. vorzugehen. Die Liberalen möchten sich beruhigen, die Regierung scheine ja schon wieder zu ihnen abzuschwenken. Abg. Kapp erklärt, ein solches Telegramm, wie Windthorst erwähnt, sei überhaupt nicht ergangen. Der Reichskanzler habe nur auf eine Anfrage eines etwas excentrischen Herrn telegraphisch geantwortet: Kapp! (Heiterkeit.) Dafür könne man doch die Partei nicht verantwortlich machen. Abg. Kayser: Es handele sich nicht um eine Wahlbeeinflussung der Regierung, sondern um eine solche durch Arbeitgeber. Gegen die sächsischen und preußischen Eisenbahnarbeiter seien solche Beeinflussungen die Regel. Erst wenn man auch die Wahlbeeinflussungen durch Arbeitgeber beseitige, erlange man ein Recht zur Beschwerde gegen Beeinflussung durch die Regierung. Gegen die deutsche Arbeiterpartei sei die Regierung immer die schlimmste Parteiregierung, möge sie nun dieser oder jener Partei zuneigen. Abg. Dr. Hänel: Es handle sich um eine Wahlbeeinflussung der Regierung sowohl, als des Arbeitgebers. Die „politische Aufklärung" des Oberingenieurs sei auf Anweisung von oben erfolgt. Es sei in Danzig öffentliches Geheimniß, daß die Anweisung aus der Kaiserl. Admiralität mit der Unterschrift des Contre-Admirals Livonius hervorgegangen sei. Staatssekretär v. Bötticher erklärt wiederholt, daß eine solche Anweisung nicht erfolgt sei. Er bestreite aber auch, daß sich Dede eines Verstoßes gegen die Disciplin schuldig gemacht. Abg. Reiniger: Man rede immer von Beeinflussung der Arbeiter; dieselben ließen sich gar nicht beeinflussen. Abg. Rickert: Windthorst ziehe Konsequenzen aus der Vergangenheit, die er nicht vor seinem Gewissen verantworten könne (Widerspruch.) Er habe keine Ursache, sich in Bezug auf Wahlbeeinflussungen über die Liberalen zu beschweren. Bei den letzten Wahlen sei ein kolossaler Regierungsapparat in Bewegung gesetzt worden; aber der Bürgermuth werde wachsen und jener Regierungsapparat seinen Zweck verfehlen. Staatssekretär v. Bötticher: Es sei weiter nichts geschehen, als daß ein Kaiserl. Beamter die Politik Sr. Maj. des Kaisers den Werftarbeitern erläutert habe. Es habe kein Mißbrauch der Amtsgewalt stattgefunden. Abg. Dr. Windthorst: Die officiöse Presse liebäugele mit den Liberalen Bennigsen'scher Färbung und Fortschritt und Secession verhandelten über ein Cartellverhältniß. Er wünschte, daß die Herren Hänel, Rickert und v. Bennigsen recht bald Minister würden; je rascher dies geschehe, um so rascher werde es überstanden sein. Abg. Majunke: Liberalerseits seien noch bei den letzten Wahlen die ärgsten Wahlbeeinflussungen geübt worden, so z. B. in Schlesien, wo katholische Wähler aus der Arbeit entlassen und selbst noch verfolgt worden seien, als sie in Rußland Arbeit genommen hatten. Abg. Dr. Schulze-Delitzsch begründet seine Interpellation: „Sind von der hohen Reichsregierung bereits die vorbereitenden Schritte zur Einbringung der Novelle zum Genossenschaftsgesetz gethan, wie dies im Anschluß an die Actienrechtsnovelle verheißen wurde?" Er legt die Nothwendigkeit einer Revision des Genossenschaftsgesetzes dar. Die Zulassung von Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht habe viel Anklang gefunden; auch er habe sich nicht unbedingt dagegen ausgesprochen. Staatssekretär Dr. v. Schelling: Ursprünglich sei eine Reform der Genossenschaftsgesetze durch eine Novelle in Aussicht genommen. Inzwischen seien Anträge aus dem Hause mit vielfachen neuen Gesichtspunkten gestellt worden, so daß sich die Nothwendigkeit der Aufstellung eines ganz neuen Genossenschafts-Gesetzes ergeben habe. Ein bezüglicher Entwurf sei bereits im Reichsjustizamte in Ausarbeitung. Abg. Dr. Perrot berichtet eingehend über eine Petition, welche sich mit den Verhältnissen des Spar- und Vorschußvereins zu Roßwein in Sachsen beschäftigt. Abgeordneter Dr. Frege spricht seine Genugthuung darüber aus, daß Dr. Schulze-Delitzsch heute auch auf dem Standpunkt der Zulassung von Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht stehe. Durch Einführung der beschränkten Haftpflicht werde sich auch der Bauernstand, der sonst den Segnungen der modernen Gesetzgebung sehr mißtrauisch entgegensteht, veranlaßt fühlen, zu Genossenschaften zusammenzutreten. Für die schweren Unfälle im Genossenschaftswesen dürfe man den bewährten Vorkämpfer desselben nicht verantwortlich machen. (Beifall). Abg. Dr. Perrot wünscht geschäftliche Begrenzung der Genossenschaften; lokale Begrenzung genüge nicht, wie der Roßweiner Fall beweise. Abg. Dr. Schulze-Delitzsch wünscht gleichfalls strenge Kontrole, aber den Genossenschaften vorzuschreiben, welche Geschäfte sie treiben und welche sie nicht machen dürfen, das sei undurchführbar. Die Debatte wird geschlossen, die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Hauptmann von Kalckstein, persönlicher Adjutant des Prinzen Friedrich Carl von Preußen, erhielt das Ritterkreuz 1. Kl. des K. Sächs. Albrechtsordens.

Die Gegend von Bingen bis Mainz und ebenso die Pfalz hat unvergleichlich viel mehr durch die Ueberschwemmung gelitten, als die Rheinprovinz. Aller Verkehr, mit Ausnahme des telegraphischen und nach einzelnen Orten zu Wagen, ist abgeschnitten. — Auch aus Holland kommen Nachrichten von starken Ueberschwemmungen.

Graudenz. Heute früh 8 Uhr hat hier die Hinrichtung der beiden Raubmörder Johann Trzynski und Karl Trynski stattgefunden, welche wegen des am 3. Januar d. J. an dem Besitzer Vincent Rutkowski verübten Raubmordes vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt worden waren.

London. Das Parlament ist bis zum 15. Februar 1883 vertagt. Die Thronrede bezeichnet die auswärtigen Beziehungen Englands als herzliche. Die Königin wird bezüglich Egyptens die internationalen Verbindlichkeiten aufrecht halten und das Wohlergehen des egyptischen Volkes durch weise Entwickelung seiner Institutionen fördern. Sie vertraut, daß die Ziele der Ergebnisse ihrer Erwägungen auch die Billigung der Mächte finden werden. Auch betont sie die Freundschaftsbande mit Frankreich. In einigen Theilen Irlands werde sich nächsten Winter ein Mangel einstellen, aber im Allgemeinen hätten sich die socialen Verhältnisse Irlands wesentlich gebessert.

Berliner Börse. Die heutige Börse war meist still. Creditactien blieben durch Angebote gedrückt; ostpreußische Südbahn waren belebt und höher, Marienburger indeß schwächer; sonstige deutsche Bahnen blieben unbelebt. Gotthardbahn und Dux-Bodenbacher waren belebt. Spekulative Banken etwas anziehend, Kassawerthe, Industrien und Renten blieben ruhig, Laurahütte steigend und lebhaft.

Frankfurt a. M., 2. Decbr., Abends. Credit 250,25. Staatsbahn 256¼. Lombarden 116¾. 60er Loose —. Oest. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 261. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 73,10. 77er Russen —. 60er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungarische Papierrente —. Disconto —. Egypter 70¼. Gotthardbahn 120. Fest.

Wien, 2. Decbr., Abends. Credit 291,[illegible]. Staatsb. 311,50. Lombarden 137,[illegible]. Nordwestbahn 199,[illegible]. Marknoten 58,[illegible]. Ung. Credit [illegible].

Paris, 2. December. (Schluß.) Rente [illegible]. Anleihe 114,[illegible]. Italiener 89,[illegible]. Staatsbahn [illegible]. Lombarden [illegible]. Türken [illegible]. Egypter [illegible]. Oesterr. Goldrente [illegible].